

Darauf, die Kunst des Listens zu lehren, kommt es in der Wohnungspflege nicht allein an. Es ist im Grunde der erste Versuch, das, was die Schule den Kindern an Erziehung bietet, im Hause der Familie zu bieten, und eine Sättigung der Lebensanschauung mit Bedürfnissen und Empfindungen herbeizuführen, die die Erwerbsarbeit auch unter beschränkenden Umständen unerfüllt und unvertieft läßt. Wohnen heißt leben in einem Raum, der Heimat bedeutet. Daß dies zu schaffen vor allem Sache der Frauen schon um ihrer selbst willen ist, und darum ihr Erwerbsleben ihnen eine gewisse Freiheit dafür lassen muß, scheint klar. Aber auch die Frauen aus dem Volke haben die Augen dafür vielfach verloren, der Selbst-erhaltungstrieb hat den Erwerbstrieb geächtet, und dieser beherrscht oft skrupellos alle anderen Neigungen. Weist man diese Erfahrung mit der Erkenntnis übersehen: Man hat keine Zeit für das Haus. Wer für das Haus arbeitet, ist eigentlich unmodern. Was werden uns also die modernen Wohnungspflege-Bestrebungen noch bringen?"

Es sind Riesenaufgaben, vor welche die Wohnungsinspektion gestellt wird, und es wird von ausschlaggebender Bedeutung sein, was für Persönlichkeiten man dafür gewinnt, denn die besten Kräfte sind nur gerade gut genug dafür. Vor allem heißt es: Frauen voran! Denn hier gilt es, mit den Frauen, die ja die Hüterinnen des Hauses sind, über frauliche Interessen, Führung des Haushaltes, Erziehung der Kinder, Fürsorge für die Kranken zu sprechen, und in all diesen Dingen ist die Frau, die mit hauswirtschaftlichen Kenntnissen ausgestattet und, was noch viel mehr bedeutet, mit natürlichem mütterlichen Empfinden begabt ist, die gegebene Persönlichkeit. Um diesen Frauen aber auch wirklich innere Befriedigung und die Möglichkeit voller Ausnutzung ihrer Kräfte zu geben, sollte man ihnen, gleiche Vorbildung vorausgesetzt, auch innerhalb ihres Berufskreises dieselben Befugnisse und dieselbe Stellung einräumen, wie dem männlichen Kollegen und sie nicht nur als untergeordnete Gehilfin anstellen. Nur dann werden sich die besten Kräfte diesem Gebiete zuwenden, das wie kaum ein zweites den weiblichen Fähigkeiten entspricht.

Man hat an dem preussischen Gesetzentwurf vor allem kritisiert, daß er nicht Mindestforderungen für die Beschaffenheit der Wohnungen aufgestellt hat und dadurch sogar hinter dem Entwurf von 1904 zurückbleibt. Es ist in dieser Beziehung alles den Gemeinden überlassen und so energisch zweifellos eine Anzahl sozial interessierter Städte vorgehen wird, so ist doch zu befürchten, daß andere sehr untätig sein werden, und vielleicht gerade diejenigen, in denen ein regelnder Eingriff am nötigsten wäre. Insbesondere vermißt man an dem Entwurf ein schärferes Erfassen der ländlichen Verhältnisse, die zwar in bezug auf die Geräumigkeit der Wohnungen vielfach, keineswegs immer, besser als die städtischen sind, andererseits aber oft gerade die schrecklichsten Mängel der hygienischen Natur aufweisen.

So berichtet die württembergische Wohnungsinspektion geradezu, daß, je kleiner der Ort, je mehr Wohnungen zu beanstanden waren. Während in den Orten mit über 5000 Einwohnern nur 1,9 Proz. der besichtigten Wohnungen sich als ungenügend erwiesen, waren in den Landgemeinden unter 5000 Einwohnern 12 Proz. zu beanstanden.

Ja, auch die Ueberfüllung der Wohnungen ist nach dem württembergischen Bericht auf dem Lande größer als in der Stadt; am schlimmsten liegen dort die Verhältnisse in Kleinhäuerlichen Kreisen. In Stuttgart kommen auf einen Einwohner mehr Kubimeter Luftraum in den Schlafzimmern als im übrigen Land! Obgleich durch die Tätigkeit der ländlichen Bevölkerung in der frischen Luft ein gewisser Ausgleich geschaffen wird, geben diese Verichte, die durch die Wohnungsinspektionen in den Landgemeinden des Kreises Worms und der Amtshauptmannschaft Auerbach i. S. bestätigt werden, doch sehr zu denken!

Es kommt ein anderer, sehr wichtiger Gesichtspunkt hinzu, der Wohnungsfürsorge in Gestalt von Wohnungspflege und Wohnungsaufsicht, guten Bauordnungen, besonderer Berücksichtigung der ländlichen Wohnungsnot, Erstellung von guten Kleinwohnungen verbunden mit einem kleinen Stückchen Land, so dringend wünschenswert macht. All diese Maßnahmen sind geeignet, die unerwünschte Abwanderung vom Lande und das ungeheure Anwachsen der großen Städte einzudämmen. Der Zug zur Stadt ist in manchen ländlichen Gegenden des Westens mit stark zersplittertem Grundbesitz geradezu durch den Mangel an Kleinwohnungen auf dem Lande bedingt. Das Land darf in der sozialen Fürsorge und Aufklärungstätigkeit nicht zurückbleiben, weil es sonst in seiner selbständigen Entwicklung zurückbleibt.

Auch bedeutet der Zug undisziplinierter Volksschichten, die, weil sie es nicht besser gewöhnt sind, mit den jämmerlichsten Wohnungen vorlieb nehmen, sich aufs engste zusammenzudrängen

und ihre Wohnungen schlecht halten, die Gefahr einer allgemeinen Herabdrückung des Wohnungsstandes in der Stadt.

Gerade auf dem Lande aber, wo die Menschen einander soviel nähertreten, wo man sich nicht aus dem Wege gehen kann und die gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnisse sich soviel stärker geltend machen, muß ein von all diesen persönlichen Beziehungen losgelöster, unabhängiger Beamter die Wohnungsaufsicht ausüben. Eine rein ehrenamtliche Betätigung Ortsangehorener wird entweder überhaupt nicht oder nur unwirksam ausgeübt, oder sie führt zu endlosen persönlichen Streitigkeiten und unnötigen Reibungen.

Aus all diesen Gründen ist die Erstreckung der gesamten Wohnungsfürsorge auf die kleineren Städte und das platte Land bringen zu befürworten.

Bestimmte Mindestanforderungen sollte man unter allen Umständen stellen. Wohlhabenderen Bezirken oder Gegenden mit besseren Wohnverhältnissen müßte die Berechtigung zugestanden werden, diese Anforderungen hinaufzusetzen. Dabei wären zweckmäßig die Anforderungen zwischen bereits bestehenden und neuen Bauten zu unterscheiden und erstere milder zu behandeln.

Was dem preussischen Gesetzentwurf vor allem fehlt, und was hoffentlich durch ein Reichsgesetz ergänzt wird, sind Maßnahmen, um den Bau guter, billiger Kleinwohnungen in höherem Maße als bisher zu fördern, denn letzten Endes kann der Wohnungsnot doch nur dadurch abgeholfen werden, daß man an Stelle der schlechten und teuren Wohnungen gute und billige schafft. Nun bringen ja schon Artikel 1 und 2 Bestimmungen, die geeignet sind, der verteuerten Boden speculation entgegenzuwirken und Bodenpreise, Straßenkosten und damit Mieten zu verringern.

Zum Bau gehört aber nicht nur billiger Boden, sondern auch billiges Geld. Es gilt also, das Kreditwesen zu regeln und den öffentlichen Kredit dem gemeinnützigen und dem privaten Wohnungsbau, soweit er sich mit dem Bau von Kleinwohnungen befaßt, zur Verfügung zu stellen. Im allgemeinen macht die Beschaffung der ersten Hypothek keine große Schwierigkeit, wohl aber die der zweiten, und der hierfür gezahlte hohe Zinsfuß verteuert das Bauen erheblich. Die Hauptaufgabe ist also, für diese zweiten Hypotheken Geld zu schaffen. Nun sind diejenigen Anstalten, die bei uns über große Summen verfügen, zum Teil sehr an der freien Verwendung ihrer Geldmittel gehindert. Die großen Hypothekendarlehen dieser Grundstücke und Gebäude nur bis zu 60 Prozent des Wertes belassen, die Sparkassen nur bis zu 50 Prozent; die Invalidenversicherungsanstalten, die bisher dem gemeinnützigen Kleinwohnungsbau riesige Summen zur Verfügung gestellt haben, dürfen nur mit einem gewissen Prozentsatz ihres Gesamtvermögens über die mündelsichere Grenze (60 Prozent) belassen. Zudem müssen sie 1/4 ihres Vermögens in Staatspapieren anlegen, wodurch ihre Mittel, die sonst zu Zwecken ausgegeben wurden, die den Vertriehten zugute kamen, wesentlich eingeschränkt werden. Bisher gingen die Invalidenversicherungsanstalten bei gemeinnützigen Baugenossenschaften vielfach bis zu 90 Prozent des Wertes und nach den Erfahrungen der auf diesem Gebiete besonders tätigen Landesversicherungsanstalt Hannover sind Verluste kaum zu verzeichnen.

Um die Beschaffung der zweiten Hypothek zu erleichtern, wird vor allem die Schaffung von Pfandbriefanstalten für zweite Hypotheken und die Uebernahme von Garantien durch die Gemeinden gefordert. Voraussetzung für eine höhere Verleihbarkeit ist aber immer ein gutes Tagatationswesen (Schätzungsweisen). Ehe man ein Haus beleihet, wird es auf seinen Wert abgeschätzt. Beleihet man es nur bis zur Hälfte des Wertes, so ist es nicht so schlimm, wenn es auch einmal überschätzt wird. Beleihet man dagegen ein Haus bis zu 3/4 seines Wertes oder noch höher, so kann bei einer schlechten und zu hohen Einschätzung bei einem etwaigen Pfandverkauf der Gläubiger einen Verlust erleiden. Nun ist unser Schätzungsweisen leider keineswegs vollkommen, und das ist mit ein Grund, weshalb so große Vorsicht mit zweiten Hypotheken geboten ist. Deshalb ist ein sorgfältiger Ausbau des ganzen Systems, die Heranziehung der Grundsteuerkataster und die Anstellung staatlicher, beeidigter Taxatoren dringend erforderlich. Die ganze sehr schwierige Frage des Rechts der zweiten Hypothek bedarf noch durchaus der gesetzlichen Regelung. Ebenso wünschenswert ist es, daß auch die Verleihbarkeit des Erbbaurechts bei uns in klarerer Weise geordnet wird, als bisher. Weil die gesamten Rechtsverhältnisse des Erbbaurechts für den Laien heute noch so undurchsichtig sind, macht es große Schwierigkeiten, Gelder auf Erbbaugrundstücke zu erhalten. Erbbaurechte sind nach heutiger Auffassung nicht mündelsicher und dürfen daher z. B. von Hypothekendarlehen, Sparkassen und Lebensversicherungsanstalten gar nicht, von Invalidenversicherungsanstalten nur in beschränktem Maße beliehen werden. Diese

Umstände haben der so wünschenswerten Einführung des Erbbaurechts bei uns starken Abbruch getan.

Da man nicht alle Aufgaben auf dem Gebiete der Kreditbeschaffung den Gemeinden zuweisen kann, weil dann gerade in armen Gemeinden nichts geschieht, müssen sich größere und leistungsfähigere Verbände, Staat und Reich, dieser Frage annehmen. Wohl werden bei uns jedes Jahr größere Summen als Darlehen an Baugenossenschaften usw. in den Etat gestellt, aber praktisch kommen sie doch fast nur den Beamtenwohnungs-Genossenschaften zugute. Vielleicht ist gar nicht einmal die direkte Vergabe von Mitteln so notwendig, als die Uebernahme einer Garantie durch den Staat, wodurch das private Kapital angelockt wird, weil es nun eine sichere Anlage findet. Auf diesem Gebiet ist der österreichische Staat in großartigster Weise vorangegangen; es wäre zu wünschen, daß man in Deutschland diesem Beispiel folgte.

Die Regelung des Kreditwesens ist Sache des Reichs, soweit es sich um rechtliche Fragen handelt; es ist zu hoffen, daß hier von Reichs wegen eine befriedigendere Gestaltung geschaffen wird.

Vor allem ist bedauerlich, daß das Gesetz so viele Kann-Bestimmungen an Stelle von Muss-Bestimmungen enthält. Damit ist immer die Gefahr verknüpft, daß lässige Gemeinden wenig oder nichts tun, um den Mißständen im Wohnungswesen abzuhelfen. Ohne einen gewissen Zwang wird man nicht vorgehen können; dieser aber wird vielen erst die Augen öffnen über die Uebel, unter denen Hunderttausende in unserem Volk schwer leiden, und an denen sie bisher verschlossenen Auges vorübergingen.

Noch eine Bitte aber haben wir an unsere Regierung und die Volksvertretung zu richten: Arbeitet schnell! Das Bedürfnis nach Wohnungsreform wächst von Jahr zu Jahr. Jetzt werden jährlich im Deutschen Reich für 1000 bis 2000 Millionen Mark neue Wohnungen gebaut. Ein einziges Jahr bringt uns also einen riesigen Zuwachs an Wohnungen, die, einmal errichtet, Generationen von Bewohnern befristende oder ungenügende Räume darbieten. Helft durch eine schnelle und durchgreifende Wohnungsreform allen, die danach rufen, und zugleich jenen, die es erst lernen müssen, daß nur ein ausreichendes Heim die Stätte häuslichen Glücks und innerer Befriedigung zu sein vermag.

Soziale Rundschau.

Neue Festsetzung der Ortslöhne und Jahres-Durchschnittslöhne. Die neu gewählten bzw. noch zu wählenden Vorstandsmitglieder der neuerrichteten Allgemeinen Ortskrankenkassen oder ausgebauten bzw. besonderen Ortskrankenkassen, sowie der Betriebs- und Innungsrankenkassen werden beim Antritt ihres Amtes recht bald vom Versicherungsamt aufgefordert werden, sich gutachtlich zu äußern über die demnächstige Höhe des Ortslohnes. Ebenso wird von den landwirtschaftlichen Vertretern der Versicherten an den Versicherungsämtern vom Oberversicherungsamt ein Gutachten über die neu festzusetzende Höhe des Jahresdurchschnittsverdienstes für landwirtschaftliche Versicherte verlangt werden. Nach § 149 der AVO. haben die Oberversicherungsämter (Beschlußausschüsse) nämlich die Pflicht, die Höhe des Ortslohnes (früher ortslöhlichen Tagelohnes) festzusetzen. Die Ortslöhne werden gleichzeitig im ganzen Reich, und zwar zunächst bis zum 31. Dezember 1914 und dann immer auf vier Jahre, festgesetzt. Änderungen in der Zwischenzeit gelten nur bis zur nächsten allgemeinen Festsetzung. Alle Änderungen treten erst zwei Monate nach ihrer Veröffentlichung in Kraft (§ 151). Vor der Festsetzung der für die Arbeiter sehr wichtigen Ortslöhne müssen die Vorstände aller Krankenkassen sowie die Gemeindebehörden dem zuständigen Versicherungsamt diesbezügliche Vorschläge machen. Ebenso sind die Vorstände der beteiligten Versicherungsanstalten zu hören. Zweifellos wird man ihre gutachtlichen Äußerungen, die sich auf die Kenntnis der Lohn-, Lebens- und Wirtschaftsverhältnisse aufbauen, beachten müssen.

Den Arbeitervertretern in den Vorständen der Krankenkassen, Gemeindevertretungen, Versicherungs- und Oberversicherungsämtern erwächst nun die heilige Pflicht, mit aller Energie auf Festsetzung eines möglichst hohen Ortslohnes zu dringen. Was alles von der Höhe des Ortslohnes abhängt, sei hier kurz erwähnt:

Es hängt zunächst davon ab die Höhe des Krankengeldes bei den Landkrankenkassen, ferner des Hausgeldes, Wochengeldes, Sterbegeldes und ev. des Schwangeren- und Stillgeldes. Bei den Landkrankenkassen kann nämlich der Ortslohn als Grundlohn bestimmt werden. Für die hausgewerblich Beschäftigten gilt der Ortslohn auch dann manchmal als Grundlohn, wenn sie der Ortskrankenkasse angehören, ebenso auch für die unständig Beschäftigten.

Zwar können die Sätze des Ortslohnes für einzelne Gruppen der letzteren erhöht werden, andererseits aber auch kann für landwirtschaftliche Versicherte in gewissen Fällen (bei dauernder Beschränkung der Arbeitsfähigkeit) die Zahlung des Grundlohns noch niedriger als den Ortslohn festsetzen. Außerdem richtet sich die Krankenhilfe, die der Unternehmer für die in seinem Betriebe verunglückten, nicht versicherten Personen zu zahlen hat, nach dem Ortslohn. Bei Berechnung der Unfallrente wird in manchen Fällen der Ortslohn zugrunde gelegt. Die Beitragsklasse der Invalidenversicherung richtet sich vielfach nach dem Ortslohn. Im Falle eines Kontrakt- oder Vertragsbruchs ist nach § 124 b der Gewerbeordnung der Ortslohn entscheidend für die zu beanspruchende Entschädigung, und zwar sowohl für Arbeitgeber wie auch für Arbeitnehmer. Die Familienunterstützungen für die Familien der zu Friedensübungen eingezogenen Mannschaften richtet sich nach der Höhe des Ortslohnes. Der Ortslohn ist ferner bestimmend für die Höhe der nach dem Unfallfürsorgegesetz für Beamte und Personen des Soldatenstandes festzusetzenden Renten; auch für die Gefangenen richtet sich dieselbe entweder zum Teil oder ganz wiederum nach dem Ortslohn.

Der Ortslohn muß besonders festgesetzt werden für Männer und Frauen, für Versicherte unter 16 Jahren, von 16 bis 21 Jahren und über 21 Jahren. Die Versicherten unter 16 Jahren (Jugendliche) können dabei in „junge Leute“ von 14 Jahren an und „Kinder“ unter 14 Jahren geschieden werden; Lehrlinge zählen zu den „jungen Leuten“ (§ 150 AVO.).

Bei den gutachtlichen Äußerungen ist zu beachten, daß für die Festsetzung des Ortslohnes jeweilig der Tagesentgelt ungelernter Arbeiter, d. h. solcher Arbeiter, die eine besondere Vorbereitung nicht genossen haben, nach dem Willen des Gesetzgebers zugrunde gelegt werden muß. Der Lohn von Lehrlingen darf bei Festsetzung des Ortslohnes für Jugendliche nicht in Ansatz gebracht werden, da diese nicht als gewöhnliche Tagelöhner gelten.

Nun noch einiges über die Festsetzung des Jahresdurchschnittsverdienstes für landwirtschaftliche Versicherte: Nach § 936 der AVO. richtet sich die Unfallrente der Landarbeiter nach dem Jahresarbeitsverdienst, den die landwirtschaftlichen Arbeiter zur Zeit des Unfalles durch landwirtschaftliche und andere Erwerbsarbeit durchschnittlich erzielen. Diesen Jahresarbeitsverdienst sehen die Oberversicherungsämter (Beschlußkammern), wie schon oben angedeutet, in Zukunft ebenfalls fest. Die Versicherungsämter müssen vor Abgabe ihres Gutachtens über die Höhe des Jahresdurchschnittsverdienstes die hauptsächlich in der Landwirtschaft beschäftigten Versichertenvertreter am Versicherungsamt hören.

Jetzt sind die, meistens von den Regierungspräsidenten festgesetzten Durchschnittsverdienste und Ortslöhne geradezu lächerlich gering. Festgesetzte bisherige Durchschnittslöhne von 300 bis 350 M pro Jahr sind durchaus nichts Seltenes.

Die Arbeitervertreter in den Vorständen der Krankenkassen und Gemeindevertretungen, sowie an den Versicherungs- und Oberversicherungsämtern haben jetzt die Möglichkeit, diesen unglaublichen Zuständen ein Ende zu machen, und es erhebt sich nunmehr die Frage: „Wie können wir höhere Ortslöhne und Jahresdurchschnittslöhne am besten erreichen?“ Es wird gut sein, wenn die Beamten und Kartellvorstände der christlichen Gewerkschaften, vielleicht auch unter Hinzuziehung der sozialen Ausschüsse, die auf nationalem Boden stehenden Vorstandsmitglieder aller Krankenkassen, sowie die Arbeitervertreter des Versicherungs- und Oberversicherungsamtes, ebenso auch die Arbeiter-Stadtverordneten und Gemeindevertreter zu einer Konferenz einladen. Auf dieser Konferenz wäre die Frage des festzusetzenden Ortslohnes und Jahresdurchschnittsverdienstes eingehend durchzuberaten, um eine Einigung über die dem Oberversicherungsamt vorzuschlagende Höhe derselben mit allen Arbeitervertretern zu erzielen. Ferner dürfte es sich empfehlen, recht bald in Kartell- und Gewerkschaftsversammlungen über die Bedeutung und die Höhe des festzusetzenden Orts- und Jahresdurchschnittslohnes Vorträge zu halten und darüber diskutieren zu lassen, damit die Arbeitervertreter sich über die Ansichten der Kollegen informieren können. Die Ortsstelle der christlichen Gewerkschaften müßten in Zukunft unbedingt vor jeder Neufestsetzung (alle vier Jahre) eine Umfrage über die Höhe des Lohnes ungelernter Arbeiter, Arbeiterinnen und Jugendlichen in jedem Versicherungsamtsbezirk rechtzeitig veranstalten. Natürlich müßte dies auch bei den landwirtschaftlich Versicherten zwecks Ermittlung des Jahresdurchschnittsverdienstes geschehen. Bei den letzteren wären neben den haren Einkünften noch festzustellen: der Wert aller gelieferten Naturalien, der freien Wohnung, Heizung, Vieh, Weide, gelieferter Dünger, freies Fuhrwerk usw. Wenn auf diese Weise die

sicheren Grundlagen für die Ermittlung der tatsächlichen Höhe des Ortslohnes und des Jahresdurchschnittsverdienstes geschaffen werden, dann können die Oberversicherungsämter nicht umhin, sich den Gutachten der Arbeitervertreter über die Höhe der Jahresdurchschnittslöhne und Ortslöhne anzuschließen. Den Vertretern der Arbeitnehmer am Oberversicherungsamt wird dadurch stichhaltiges Material geliefert und ihre Aufgabe, die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen bei der Neueffektivierung, wird ihnen bedeutend erleichtert.

Wägen die vorstehenden Ausführungen nicht nur volles Verständnis für die Wichtigkeit der behandelten Fragen bei den Arbeitervertretern erwecken, sondern auch die allein wertvolle Tat hervorrufen!

Erhöhung des ortsüblichen Tagelohnes. Im Juni 1911 richtete unser Gewerband Groß-Hamburg, unterstützt von einer Reihe Hamburger Frauen-Vereine, an das Oberversicherungsamt die Bitte um Erhöhung des ortsüblichen Tagelohnes für weibliche Arbeiter. Vom 1. Januar 1914 wird, wie das Oberversicherungsamt bekanntgibt, der Ortslohn für weibliche Arbeiter über 21 Jahre auf 2,50 M, von 16—21 Jahren auf 2 M und unter 16 Jahre auf 1,50 M für Hamburg festgesetzt. Der Gewerverein der Heimarbeiterinnen hatte als Existenzminimum für eine volljährige Arbeiterin 3 M angegeben. Wenn nun der vom Oberversicherungsamt festgesetzte Ortslohn auch nur 2,50 M beträgt, so ist das doch ein Fortschritt gegen früher, da er jahrzehntelang nur 2 M betrug. Wert hat diese Erhöhung für die Berechnung des Krankengeldes aller derjenigen, für die bei der Berechnung des Krankengeldes der Ortslohn als Grundlohn genommen wird. Andererseits hofft der Gewerverein der Heimarbeiterinnen, daß die Erhöhung des Ortslohnes auch auf die Löhne der Heimarbeiterinnen einwirken wird, da die Arbeitgeber, wenn von Seiten der Organisation Vorstellungen über die niedrigen Löhne gemacht werden, jetzt nicht mehr den Einwand erheben können, daß man bei diesen Löhnen in zehnstündiger Arbeit den Ortslohn, der ja bisher nur 2 M betrug, verdienen kann.

Aus unserer Bewegung.

Hauptvorstand. In der Sitzung am 24. Oktober wurde zunächst mit großem Interesse die Schilderung der Weihe des Völkerschladtedenkmals in Leipzig entgegengenommen und ein Bericht darüber in der „Heimarbeiterin“ beschlossen. Erfreut wurde dann das Anwachsen der Jubiläumssammlung auf rund 24.000 M begrüßt und die Gründung eines Vereins „Altersheim für Heimarbeiterinnen“ zur weiteren Durchführung des Planes ins Auge gefaßt. Mit Befriedigung nahm der Hauptvorstand dann Kenntnis von den Vorverhandlungen für Fachauschüsse, zu der Vertreterinnen des Gewervereins hinzugezogen wurden und mit gutem Erfolg die Interessen der Heimarbeiterinnen vertreten konnten. Fel. Dr. Gaebel wurde beauftragt, nach ihren neuesten Ermittlungen „Wiber aus der Cellulose-Heimarbeit“ für unser Blatt zu schreiben. Einen breiten Raum nahmen wieder die Berichte über die Krankentassenwahlen und die Entwürfe von Krankentassen-Satzungen ein. Es soll versucht werden, drohende Verschlechterungen durch Eingaben und persönliches Vorstelligwerden zu verhindern. Bezüglich der paritätischen Arbeitsnachweise ward nach verschiedenen Orten Anweisung beschlossen und ebenso unsere Stellungnahme bezüglich verschiedener Veranstaltungen von befreundeten Vereinen, die nicht immer zweckmäßig vorzugehen geneigt sind, festgelegt. In unseren Gruppen wird ein starkes Einsehen der Kleinarbeit, die allein das Hineinwachsen neuer Mitglieder in die Aufgaben unserer Bewegung ermöglicht und Mitleider zu Mitleidern macht, besprochen. Erfreut wurde Bongrowitz als jüngste Gruppe begrüßt und die Bazararbeit für sonstige Gründungen den auswärtigen Gruppen dringend ans Herz gelegt. Die Anstellung einer Schreibhilfe für die Zentrale wurde ab 1. Dezember beschlossen. Verschiedene Angebote wurden abgelehnt. Einige Schriften und Kalender sollen zum Ankauf in den Gruppen empfohlen werden. Kurz nach Mitternacht schloß die Sitzung, der im Anfang eine Spandauerin als Gast beigewohnt hatte.

Berlin-Nord. Alle Mann auf Deck! Dieses Schiffskommando erschallt jetzt bei uns in jeder Sitzung, gilt es doch Ziele zu erreichen, und das kann man nur, wenn man auf sie zu feuert. In erster Reihe steht die Werbetätigkeit, die wir in unserem Kurs aufnehmen wollen. Wer möchte nicht persönlich die Auszeichnung für treues Werben erringen oder gar die Kaiserjohanne auf ein Jahr erhalten hören? Auch wir Nordleute wollen nicht dahinten bleiben. Dann steht uns das Ziel „Fachauschüsse“ vor Augen; ihretwegen haben wir in den letzten Versammlungen Branchenbesprechungen gehalten, um Material sammeln zu helfen. Unsere erste Vorführung, Fel. Dr. Gaebel, machte uns in eingehender Weise die Notwendig-

keit der drei Eingaben klar, die unsere Organisation an den Bundesrat betreffs des Krankentassenstatuts, der Lohnbücher und Lohnafeln und des Submissionswesens gerichtet hat. Die Lohnbücher werden ja noch vielfach angefordert, darum muß bei uns der Nutzen derselben immer wieder ins rechte Licht gerückt werden. Zum Besuch des dritten deutschen Arbeiterkongresses wurde dringend eingeladen; wir wählten zwei Delegierte, und viele andere notierten sich als zeitweilige Hörer. Im Interesse der neueren Mitglieder besprachen wir in der Novemberitzung an Hand des Flugblattes die Zwecke und Ziele des Gewervereins. — Aber neben aller Arbeit darf auch die Freude nicht fehlen, die für uns in der Auszeichnung von acht Mitgliedern für zehnjährige Treue bestand. Es geschah dies mit herzlichsten Worten der Anerkennung und unter Absingen unseres Gewervereinsliedes. Als letztes Ziel, welchem wir zustreben, möchte ich unser Altersheim nennen. Dieser Hafen ist gewiß allen ein Ziel der Sehnsucht, denn da dürfen wir ausruhen von aller Arbeit. Aber ohne Fleiß kein Preis! Darum heißt es auch hierbei: Wenn etwas erreicht werden soll, „alle Mann auf Deck!“

Berlin-Nordost. Sobald wir eine Branchenbesprechung auf der Tagesordnung haben, sind die Mitglieder stets zur lebhaften Diskussion bereit. Unsere erste Branchenversammlung galt der Herabsetzung von Wäusen. Der Preis für 1 Dugend einfachsten Genres beläuft sich auf 1,20 bis 1,80 M. Für besseres Genre wird bis 18 M für 1 Dugend gezahlt. Viel gut ausgelebte Kräfte gibt es nicht, folglich sind auch die Löhne sehr gering. Im September hielt uns Fräulein Dr. Lüders einen Vortrag über: „Familie und Frauenberufarbeit“. Aus rein wirtschaftlichen Gründen ist die Familie heute nicht mehr das, was sie früher war. Die Frau muß meist beruflich tätig sein und kann sich daher nicht so wie früher um die Familie kümmern. Man bringt die Kinder zeitweise in Korten und Bewahranstalten unter und verliert dabei oft an Verantwortlichkeitsgefühl. Infolge der mangelhaften Vorbildung wird die Frau für ihre Arbeit nur schlecht entlohnt. Die Frauen von früher wurden auch nicht von den Männern allein ernährt; sie haben gesponnen, gewebt, genäht und Landarbeit gemacht, wurden nur in anderer Weise dafür gelohnt. Obgleich die Wohnungsverhältnisse heute viel bequemer sind als früher (Wasserleitung, Beleuchtung, Heizung) und man an Zeit für die Wirtschaft spart, wäre es doch sehr wünschenswert, die Löhne für Männer und Frauen würden bei kürzerer Arbeitszeit etwas aufgebessert, damit sie sich gemeinsam besser um die Erziehung ihrer Kinder kümmern könnten. — Mittlerweile haben wir wieder eine bestimmte Branche behandelt: Hemden, Beinkleider, Schürzen und Servietten. Fast alle Mitglieder holen ihre Arbeit vom Zwischenmeister. Hemden werden viel in Teilarbeit ausgegeben. Die Garnierinnen bekommen den besten Lohn. Die Preise sind seit vielen Jahren dieselben trotz der gesteigerten Unterhaltskosten. Für Hemden schwankt der Preis zwischen 1,50 bis 6 M das Dugend. — Damit unsere Gruppe an Mitgliederzahl wieder wächst, wurde den Vertrauensfrauen die Pflicht ernst ans Herz gelegt, ihre Mitglieder recht regelmäßig und gewissenhaft zu besuchen und ihnen die Ziele des Gewervereins immer wieder klar zu machen.

Berlin-West. Unsere Gruppe hatte die Freude, daß unser rühriges Mitglied, Frau Marie Hoffmann, die Prüfung als Schneidermeisterin bestand. Nun ist uns Nordost nicht mehr vor!

Breslau. Am 1. September fand die Wahl zur „Allgemeinen Ortskrankentasse Breslau“ in den Räumen des „Kaffeerestaurants“ statt. Es waren 40 Auswahlmitglieder und 80 Ersatzvertreter zu wählen. Wahlvorschlagsliste 1 war von den Gemossen, Liste 2 von den christlichen Gewerkschaften und den konfessionellen Arbeitervereinen aufgestellt. Mittags 12 Uhr begann die Wahl, und zu unserer Freude kamen unsere Frauen und Mädchen in großer Zahl, um ihr Wahlrecht auszuüben. Unsere Vorstandsmitglieder waren durch den langen Hof und Hausflur sowie auf der Treppe postiert und verteilten dort Wahllisten oder wiesen unsere Leute zurecht, sehr zum Leidwesen der Gemossen, welche mit Reib die Schar unserer Wählerinnen betrachteten. Einer von ihnen sagte: „Den Weibern biete ich unsere Liste nicht erst an, denn die wählen alle christlich, die sind gut gedreht, aber nach 6 Uhr, da kommen die „Männer in der Bluse“, da werden die „Christlichen“ ihr blaues Wunder erleben!“ Es kam jedoch umgekehrt. Ihr Verdruss steigerte sich zur namenlosen Wut, denn es kamen zwar nach 6 Uhr 200—300 Wähler, aber unter diesen waren eine ganze Menge christlicher Bauarbeiter, Stellmacher usw. Da der Andrang sehr groß war, mußte der Saal abgeperrt werden; und es wurden nur 60—80 Personen herein gelassen, unter welchen aber immer noch 15—20 Frauen zu verzeichnen waren. Unsere Mitglieder mußten tatsächlich „Spiekruten“

Landesmutter zu besitzen, eine Königin, die allen Familienmüttern mit leuchtendem Beispiel vorangeht. In ihrem Segenswunsch erkenne sie daher den Mahnruf, festzuhalten an unserer Sache, denn darin liege unser und unserer Kinder Wohl. In einem dreifachen, brausenden „Hoch“ klangen die Freude und der Jubel aus. — Frä. Gessel berichtete darauf über die Feier in Leipzig, die sie so glücklich war, mitmachen zu dürfen; sie freute sich sehr über die Beteiligung unseres Gewerksvereins, nahm auch selbstverständlich die Gelegenheit wahr, sich einzelnen Mitgliedern der Gruppe vorzustellen, wobei die gegenseitigen Erfahrungen ausgetauscht wurden. Sie rühmte uns den Eifer der Leipziger Schwestern und berichtete manche lehrreichen Einzelheiten. — Wir selbst haben in jüngster Zeit zwei vorzügliche Referate über Volksversicherung und Krankenkassenwahl gehört und dürfen zu unserer Freude für den 26. November Frä. Dr. Gaebel bei uns erwarten. — Bemerkt sei noch, daß zwei unserer Mitglieder auf der Liste für die Wahl in die Ortskrankenkasse aufgeführt sind, und daß alle Aussicht besteht, daß diese Liste durchgesetzt wird.

Neuwert. Am Donnerstag, den 23. Oktober, versammelten sich auf Anregung von Fräulein Andriano aus M.-Glabbach eine stattliche Anzahl „Frauen aller Stände“ aus Neuwert im Hotel Klosterhof zwecks Gründung einer Ortsgruppe des Gewerksvereins der Heimarbeiterinnen Deutschlands. Fräulein Andriano wußte die Anwesenden durch ihre von Herzen kommenden Worte, die von selbstloser Hingabe und Liebe zu den Heimarbeiterinnen zeugten, derartig zu begeistern, daß alle freudig ihre Mitwirkung zusagten. Daraufhin wurde Frau Dr. Stadler zur ersten Vorsitzenden, Fräulein von Groote zur ersten Kassensführerin und Fräulein Keufen zur ersten Schriftführerin gewählt. Die übrigen Anwesenden verpflichteten sich, als Beisitzerinnen und Vertrauensfrauen für die Zwecke des Vereins zu arbeiten. Es wurde beschlossen, die erste Versammlung für Sonntag, den 26. Oktober, 1/8 Uhr, im Hotel Klosterhof anzuberaumen und zu dem Zwecke einen aufklärenden Artikel in die „Westdeutsche Landeszeitung“ setzen zu lassen und ein Plakat in der Kirchstraße anzuhängen.

Nürnberg. Die Nürnberger Heimarbeiterinnen haben nun schon ein Jahr lang nichts mehr von sich hören lassen; was Wunder, wenn sie sich heute einmal zum Worte melden. Daß es bei uns tüchtig vorwärts geht, mag man schon daraus erkennen, daß die Zahl unserer Mitglieder im letzten Jahr sich nicht bloß verdoppelt, sondern verdreifacht hat. Im Oktober 1912 hatten wir 120 Mitglieder, während wir jetzt 370 ordentliche und 70 außerordentliche Mitglieder zählen. Es ist zweifellos das unbestreitbare Verdienst des Gewerksvereins, bzw. unserer Ortsgruppe, daß man sich hier nun von den verschiedensten Seiten für die Heimarbeiterin und ihre Not interessiert. Katerchet Klingler durfte sowohl in der „Vereinigung der Nürnberger Metallwarenfabrikanten“ als auch im „Sozialwissenschaftlichen Verein Nürnberg“ von den Zielen unseres Gewerksvereins sprechen, und für den kommenden Winter haben verschiedene hervorragende Vereine Vorträge über Heimarbeit in ihr Programm aufgenommen. Daß wir diesen günstigen Wind für das Schiffelein unseres Gewerksvereins gehörig in Anspruch nehmen, ist selbstverständlich. Demnächst sollen in unseren vier Gruppen Werbeveranstaltungen veranstaltet werden, und eine fünfte Gruppe in Maxfeld dürfte in den kommenden Monaten ins Leben treten. — Durch die Freundlichkeit des Herrn Baron von Tucher konnten wir am 15. Juni den ersten Stod des Schloßhagens in Behringersdorf als Erholungsheim für Nürnberger Heimarbeiterinnen beziehen. Schon heuer konnten 25 Mitglieder unserer Gruppen eine 14tägige Erholung daselbst finden, im ganzen konnten 341 Erholungsstage verzeichnet werden. Im nächsten Jahre dürfen wir unser Erholungsheim auch auf den 2. Stod des Schloßhagens ausdehnen. Eine Sammlung, die von einigen unserer außerordentlichen Mitglieder für obigen Zweck veranstaltet wurde, hat innerhalb 14 Tagen 1300 M. eingebracht. Am 25. November wird zudem ein größeres Konzert im hiesigen „Kulturverein“ stattfinden, dessen Reinertragnis ebenfalls unserem Erholungsheim zugute kommen soll. Um unseren Mitgliedern billigen Kohleneinkauf zu ermöglichen, wurden mit zwei hiesigen Firmen Verträge abgeschlossen, so daß der Zentner durchschnittlich um 15 Pf. billiger zu stehen kommt. Demnächst soll auch ein Versuch mit gemeinsamem Einkauf von Kolonialwaren gemacht werden. — Daß auch heuer wieder 70 Heimarbeiterkinder sich an einer 10tägigen Wanderung umsonst beteiligen konnten, sei noch erwähnt. Wahrlich, wenn man bedenkt, daß unsere Gruppen noch nicht einmal zwei Jahre alt sind, so müssen wir gestehen, wir haben für manche Erfolge und für viel freudige Mitarbeit zu danken. Weiterhin vorwärts mit Gott!

Spandau. In unserer Stadt ist nun endlich eine Gruppe des Gewerksvereins der Heimarbeiterinnen gegründet worden. Fräulein Behm und Fräulein Wolff waren dazu bereitwillig aus der Reichshauptstadt herübergekommen. Ihrer fröhlichen und herzlichen Art verdanken wir es zum größten Teil, daß sich gleich 34 Heimarbeiterinnen zur Mitgliedschaft meldeten. Dazu traten noch vier Mitglieder aus Groß-Berlins Gruppen, die nach Spandau verzogen sind, zu uns über, so daß unsere Gruppe bereits 38 Mitglieder zählt; für den Anfang doch wahrlich erfreulich! Wir wollen nun hoffen und daran arbeiten, daß die weitere Entwicklung der Gruppe sich des Gründungsabends am 6. November würdig zeigt!

Stolz. Wie groß war die Freude in der November-Versammlung, als unsere Vorsitzende uns mitteilte, am 11. November kommt unsere Hauptvorsitzende, Fräulein Behm, zu uns! Der 11. November kam und mit ihm die Hauptvorsitzende und noch unsere treue Hauptkassensführerin, Fräulein Wolff Am 10. November, abends 8 Uhr, gab es schon eine Vorstandssitzung, an der auch die außerordentlichen Mitglieder teilnahmen. In dieser Sitzung wurden Erfahrungen aus der Organisation ausgetauscht und über neue Wege zur Weiterentwicklung der Gruppe beraten. Der gemeinsame Einkauf von Lebensmitteln ist beschlossen und wird von einem außerordentlichen Mitgliede übernommen. Am 11. November, abends 8 1/4 Uhr, fand im Jugendheim eine öffentliche Versammlung statt, die sehr gut besucht war. Das Thema lautete: Die Zukunft der Stolper Stickerei. Fräulein Behm führte in klarer Weise aus, daß die Stolper Stickerei nur in der Qualitätssarbeit den Weltmarkt dauernd beherrschen könne, und darum müßten alle Stickerinnen Stolz's danach streben, nur gute Arbeit zu liefern, damit alle Welt es lernt, daß von Stolz nur gute Arbeit kommt. In Stolz ist ja auch die beste Gelegenheit geboten, gute Arbeit zu erlernen, und zwar in der staatlich genehmigten Stickerschule, die jede organisierte Heimarbeiterin besuchen kann. Eine sehr lebhaft diskutierte hatte der Vortrag zur Folge, in der Fräulein Behm wie Frau von Pottkammer stürmischen Beifall ernteten. Fräulein Wolff sprach über Registrierpflicht, Lohnbücher, Listen und Fachausschüsse, und machte dadurch die Anwesenden über manche falsche Annahmen auf. Mehrere Heimarbeiterinnen traten nach Schluß der Versammlung dem Gewerksverein bei. Die Anwesenheit unserer beiden Hauptvorstandsmitglieder hat uns neuen Mut und Arbeitsfreudigkeit gegeben, und vertrauensvoll sagen auch wir: „Vorwärts mit Gott!“

Wiesbaden. Unsere gut besuchte November-Versammlung stand im Zeichen der Wahlen zur Ortskrankenkasse, die an den Tagen vorher stattgefunden hatten. Zur großen Freude aller konnte Fräulein Feldmann die Kunde bringen, daß die „vereinigten Bürgerlichen“ gesiegt haben. Von den 90 Sitzen im Ausschuss haben sie 28 für Arbeitgeber und 24 für Arbeitnehmer erobert, also 52, während den freien Gewerkschaftlern nur 38 geblieben sind; 2 Arbeitgeber, 36 Arbeitnehmer. Und wem ist dies hocherfreuliche Ergebnis zu danken? In allererster Linie der unermüdblichen Aufklärungs- und Werbearbeit der vereinigten bürgerlichen Frauenvereine! Sie haben erreicht, daß diesmal über 2200 Arbeitgeber zur Wahlurne schritten, während es vor zwei Jahren nur — 26 taten! Unser Fräulein Th. Ngen und mehrere unserer ordentlichen Mitglieder sind in den Ausschuss gewählt. Mögen alle Gewählten mit Ernst und Treue ihres verantwortungsvollen Amtes walten, zum Besten der Verhägerten, und möge das jetzt oft gehörte Wort nun auch zur Wahrheit werden: Die Krankenkasse den Mitgliedern, aber keiner Partei!

Nachklänge von der Weihe des Völkerschlachtdenkmal zu Leipzig.

Es ist die Weihnachtsnummer der „Heimarbeiterin“, die hinausgeht in alle deutschen Lande. Da mag sie etwas bringen, was ungewerkschaftlich ist und doch so ganz in unsere Bewegung paßt, die sich stolz und bewußt christlich-national nennt. Wir dürfen, wir können uns misfreuen an dem, was Großes an unserem Vaterlande geschah! (Zwei Berichte*) aus den Leipziger Tagen gingen ein, und beide werden die Herzen der Leser, auch derer, die nicht dabei sein konnten, froh machen. In den Tagen zwischen Weihnacht und Neujahr, wenn die Arbeit etwas ruht, werden unsere fleißigen Mitglieder gern lesen, was ihnen geschrieben wird von der Jubelfeier in Leipzigs Mauern.

* Der zweite Bericht folgt wegen Raummangels in der nächsten Nummer.
Die Schriftleitung.

Aus Pommern:

„Welch eine Wendung durch Gottes Fügung“ konnte man auch am 17. Oktober 1913 ausrufen, als Vertreter aller deutschen Stämme und Abgesandte all der Nationen, die vor hundert Jahren dort gekämpft, zu friedlicher und froher Feier nach den Gefilden Leipzigs zogen! 20 000 Verwundete vor hundert Jahren dort zusammengedrängt, Stöhnen, Jammer und Glend wohin man schaute, in den engen Toren Freund und Feind sich drängend! Heute öffnete die Stadt ihre Pforten weit, und tief flatterten die langen Fahnen zur Erde, Kränze und Girlanden, wohin man blickte, und frohe Gesichter bei Einheimischen und Festgästen, die zu Tausenden aus aller Herren Länder herbeigeströmt waren. So ändert ein Jahrhundert das Bild einer Stadt, das Bild eines Tages! Was aber gleich war damals wie heute, das war das Gefühl des Dankes: „Deutschland ist frei!“ Nicht umsonst ist die Völkerschlacht geschlagen, nicht umsonst sind die Ströme von Blut gestossen: Deutschland atmet auf, der Feind ist vertrieben. Wohl mochte Ernst Moritz Arndt singen:

„Solange die Ströme zum Meere reisen,
Wird noch der späteste Enkel preisen
Die Leipziger Schlacht!“

Und auch unser Gewerksverein hatte daran gedacht, daß wir zwar nicht „ein einzig Volk von Brüdern“, aber doch von „Schwestern“ seien, und der Leipziger Gauverband hatte daher alle deutschen Gruppen aufgefordert, Vertreterinnen zu dieser echt nationalen Feier zu entsenden. So zogen denn unsere Mitglieder am Nachmittag des 17. Oktober in Leipzig ein. An der Bahnhofssperre erwarteten ordentliche und außerordentliche Mitglieder mit Vereinsabzeichen und hochehobenem Vereinsblatt die Ankömmlinge, und dann ging's in die reich geschmückte Stadt hinein mit ihren grün-goldenen Obelisken und Säulen, auf denen am Abend des kommenden Tages die lodernen Beschlagener erstrahlen sollten.

Unsere unermüdete Hauptvorsitzende hielt noch um 6 Uhr eine Besprechung mit den auswärtigen Delegierten ab, und um 8 Uhr ging's nach Lindenau zur Vorfeier in die Versammlung der beiden Leipziger Gruppen. Mit warmen, patriotischen Worten begrüßte die Leipziger Gauvorsitzende die Versammlung und erinnerte daran, daß Napoleon einst gesagt: „Ich besitze kein Land, bis ich nicht seine Frauen habe!“ Nun, die deutschen Frauen von vor hundert Jahren hat er nicht besessen! Die auswärtigen Delegierten aus Berlin, Breslau, Erfurt, Halle, Hannover, Riga, Stettin und aus Süddeutschland überbrachten die Grüße ihrer Gruppen, Gesänge „unseres“ Chors erkundeten die Anwesenden, und zum Schluß sagte Frei. Behm die Gefühle der Freude und des Dankes aller über unser geeintes, mächtvolles Vaterland in zu Herzen gehender Weise zusammen. Nachdem noch beschlossen worden war, nach beendeter Weibefeiern ein Telegramm an unsere geliebte Kaiserin abzusenden, trennte man sich mit der Ermahnung, ja rechtzeitig um 1/8 Uhr am anderen Morgen zur Stelle zu sein, um den für uns bestellten Wagen der Elektrischen nicht zu veräumen. Alles klappte vorzüglich! Die Platzkarten wurden verteilt, und nun ging's mit unserer von einem Mitgliede gestickten blaueisernen Vereinsfahne dem Festplatz zu. Der Abperrung wegen mußte der letzte Teil des Weges zu Fuß zurückgelegt werden, und dabei erregte unser Verein mit seiner Fahne, als der einzige Frauenverein, Aufsehen. Bei den Straßensingen und Spalier bildenden Soldaten freilich wegen des mangelnden Parade-schritts unserer Truppe ab und zu Heiterkeit. Das Wetter war herrlich. Der liebe Gott hatte das Beste geschenkt! Ein leichter Nebel verhüllte das Denkmal, und der Frost der Nacht wurde mit den Füßen aufgetaut. Da wir drei Stunden vor Beginn der Feier zur Stelle waren, konnten wir unsere Plätze wählen, und so suchten wir sie uns gerade dem Fürstentel gegenüber aus, während die Fahne, von den Leipziguern getragen, rechtsab zu den Säulen in die Nähe des Denkmals schwenkte. Die drei Stunden Warten vergingen mit ununterbrochenem Schauen der Aufmarschierenden schließlich schneller als man gedacht. Unzählige Scharen von Studenten in ihren bunten Farben, „Beleschen“ und mit wehenden Fahnen, Kriegervereine, Schütztruppel Arbeitervereine, Innungen, hohe Militärs, der Reichstagsler — alles zog herbei, dazwischen die Fürstlichkeiten, von einem Tusch der Ehrenkompagnie empfangen, unter ihnen die Thronfolger von Österreich und Schweden und der Großfürst Kyryl von Rußland, endlich zuletzt der König von Sachsen mit dem Kaiser. Man sah die Begrüßung der hohen Herrschaften, und dann begaben sich alle zum Denkmal selbst, vorbei an dem großen Wasserbecken, in dem sich die Fahnen spiegeln. Hier war ein zweites Zeit errichtet, in dem nun Hofrat Thieme, der Begründer des „Patriotenbundes“, aus dessen Sammlungen das Denkmal entstanden

ist, die Weiberebe hielt, auf die als Landesherr der König von Sachsen antwortete. Fanfarenblasen und das mächtige Lied: „Wir treten zum Beten vor Gott den Gerechten“ leitete die Feier ein, und: „Nun danket alle Gott“, wiederum von den Zehntausenden gesungen, beschloß sie, worauf die Fürsten, nachdem die Eiboten die Grüße aus allen Gauen gebracht, das Denkmal selbst betraten und besichtigten. Dann naheten sie wieder unserem Standort, umrauscht von dem „Deutschland, Deutschland über alles“, bestiegen ihre Autos und Wagen und fuhren zur Feier am Schwarzenberg-Denkmal davon. Hinter ihnen enrörmte die Menge dem Festplatz. Nun erst konnten auch wir das Denkmal ersteigen und sein Inneres betreten. Es ist ein Steinbau von so riesigen Größenverhältnissen, daß der Turm der Leipziger Thomaskirche hineingestellt werden kann, ohne die Kuppel zu berühren. Innen halten, in dem als Grabgewölbe gedachten Raum, steinerne Niesen, auf ihre Schwerter gestützt, gleichsam die Totenwacht für ihre gefallenen Kameraden. Von einer oberen Galerie aus erblickt man vier sitzende, steinerne Kolossalfiguren, deutsche Tugenden: Opferwilligkeit, Frömmigkeit, Volkskraft und Geldenmut darstellend, und die obere Finne der Denkmalskrone schmücken ebenfalls Niesengestalten, die Hüter des Reichs. Ganz bis oben hin konnte der Bau noch nicht bestiegen werden, die oberen Treppen waren noch gesperrt.

Abends beschloß eine geradezu einzigartige Besichtigung der Stadt, während der natürlich ein jeder, der es irgend möglich machen konnte, auf der Straße war, die erhebende Feier, an die wohl alle, denen es vergönnt war, sie mitzumachen, noch lange als an einen Höhepunkt ihres Lebens zurückdenken werden!

Wir aber, die wir uns dort aus Nord-, Süd- und Mitteldeutschland zusammengefunden, grüßen uns noch einmal auf diesem Wege, eins in dem Gefühl, das uns alle dort besetzte, der Treue zu Kaiser und Reich!

Versammlungsanzeiger.

- Berlin-Moabit.** 8. Dezember, 12. Januar, 1/8 Uhr, Bürgerhaufe, Sandelstraße 42. Weihnachtsfeier am 29. Dezember, 7 Uhr, Wagenhofer, Turmstraße 26.
- Berlin-Mord.** 8. Dezember, 12. Januar, 1/8 Uhr, Derrnauer Straße 4, Portal II pt.
- Berlin-Mordost.** 2. Dezember, 6. Januar, 1/8 Uhr, Schönhauser Allee 177, Querg. II.
- Berlin-Öst.** 8. Dezember, 12. Januar, 1/8 Uhr, Große Frankfurter Straße 11, Hof I. Weihnachtsfeier am 29. Dezemb., 8 Uhr.
- Berlin-Süd.** 2. Dezember, 6. Januar, 1/8 Uhr, Johannistisch 6, großer Saal. Weihnachtsfeier am 30. Dezember, 6 Uhr.
- Berlin-Südost.** 15. Dezember, 19. Januar, 8 Uhr, Mantuffelstraße 95, bei Ruth.
- Berlin-Wedding.** 15. Dezember, 19. Januar, 8 Uhr, Alte Nazarethkirche, Schulstraße. Weihnachtsfeier am 29. Dezember, 7 Uhr, bei Sachon, Müllerstr. (Ede Seestr.).
- Berlin-West.** 8. Dez., 12. Januar, 1/8 Uhr, Kollendorferstr. 41, Hof pt. Weihnachtsfeier am 30. Dezember, Königshof, Wilsowstraße.
- Bielefeld.** 5. Dezember, 2. Januar, 8 Uhr, Blautreuzhalle.
- Breslau-Mord.** 1. Dezember, 5. Januar, 8 Uhr, Basteigasse 7.
- Breslau-Süd.** 9. Dezember, 13. Januar, 8 Uhr, Herrenstr. 21/22.
- Bromberg.** 8. Dezember, 12. Januar, 8 Uhr, Neue Volkshalle am Hamm-von-Dehherrn-Platz.
- Charlottenburg.** 8. Dezember, 12. Januar, 8 Uhr, Jugendheim, Goethestraße 22. Weihnachtsfeier am 29. Dezember, 6 Uhr.
- Penzig.** 8. Dezember, 12. Januar, 8 Uhr, Westpr. Gewerbehalle.
- Parmstadt.** 5. Dezember, 2. Januar, 8 Uhr, Stiftstraße 47.
- Piriskan.** 10. Dezember, 14. Januar, 8 Uhr, Vereinshaus, Samborstr.
- Preußen-Altstadt.** 17. Dezember, 21. Januar, 1/8 Uhr, Annenstraße 40, Stßs.
- Preußen-Neustadt.** 2. Dezember, 6. Januar, 1/8 Uhr, Neustädter Löwenbräu, Königsbrüder Straße 17.
- Preußen-Pieschen.** 8. Dezember, 12. Januar, 8 Uhr, Concordienstr. 4.
- Preußen-Striesan.** 23. Dezember, 27. Januar, 8 Uhr, „Kaiser Barbarossa“, Ruffhäuserstraße.
- Paffsdorf.** 3. Dezember, 7. Januar, 8 Uhr, Paulushaus, Eingang Jahnstraße.
- Stting.** 1. Dezember, 5. Januar, 8 Uhr, Erholungsheim.
- Erfurt.** 1., 15. Dezember, 5. Januar, 8 Uhr, Allerheiligenstr. 10, Vereinshaus. Weihnachtsfeier am 28. Dezember, von 3—6 Uhr für Kinder, von 8 Uhr an für Erwachsene.
- Essen.** 25. Dezember, 22. Januar, 8 Uhr, Burgfeldstr. 2, 5. Selgener.
- Frankfurt a. M.** 3. Dezember, 7. Januar, 1/8 Uhr, Weichstr. 40.
- Frankfurt-West.** 17. Dezember, 21. Januar, 1/8 Uhr, Godesgollensplatz 33.
- Friedrichshagen.** 16. Dezember, 20. Januar, 8 Uhr, Aula der Gemeindegemeinschaft, Wilhelmstraße 44.

